

# HERAUS ZUM 1. MAI, ODER „TAG DER ARBEIT“

## ÜBER DIE UNMÖGLICHKEIT DURCH ARBEIT UND STAAT DER MENSCHHEIT ZUR EMANZIPATION ZU VERHELFFEN

Alle reden von „Arbeit“, „Sachzwängen“ und „Reformen“. Doch wissen alle, wovon sie reden? Der folgende Text will deshalb helfen den Zusammenhang von Kapitalismus, Arbeit und Staat verständlicher zu machen. Dies soll anhand der Darstellung einiger Marx'scher Kategorien geschehen, die im Folgenden einer „nicht-traditionellen“ Interpretation unterzogen werden sollen.

Grundlage jeder kritischen Gesellschaftstheorie ist die Beantwortung der Frage, welches die Prinzipien der betrachteten Gesellschaft sind. In einer kapitalistischen Gesellschaft bestimmt die Ökonomie – und nicht etwa allein Kultur, Medien oder die Gene derjenigen, die darin leben – die grundsätzlichen sozialen Strukturen und die Beziehungen der Menschen untereinander. Eine emanzipatorische Perspektive kann deshalb nicht bei Erscheinungen wie

Armut, Erwerbslosigkeit, Umweltverschmutzung und Bildungsabbau stehen bleiben, sondern muss das ökonomische Prinzip kritisieren.

Gleichzeitig ist die Gesellschaft nicht die Summe der Einzelnen, sondern vor allem das Prinzip, nach dem sie miteinander umgehen. In vorkapitalistischen Zeiten wurde dieser Zusammenhang in der Regel durch persönliche Herrschaftsformen hergestellt, so beispielsweise im Feudalismus zwischen Grundherren und „ihren“ Leibeigenen. In Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise ist dies überwiegend anders. Der Zwang zur Unterwerfung ist durch die ökonomischen Verhältnisse selbst gesetzt, die sich sowohl aus sich heraus wie durch uns alle stetig erhalten.

Produziert wird im Kapitalismus für den Markt und nicht etwa nach einem gemeinsamen Plan. Dem kapitalistischen Produktionsprozess liegt dabei die Trennung der unmittelbar Produzierenden von den Produktionsmitteln zugrunde, weshalb die ArbeiterInnen – obwohl formal frei – materiell gezwungen sind, ihre Arbeitskraft den KapitalistInnen, also denjenigen, die über Kapital beziehungsweise Produktionsmittel verfügen, zu verkaufen.

Die Güter sind damit nicht Gebrauchswert für diejenigen, die sie herstellen, sondern werden allein für den Warentausch produziert.

Die produzierten Waren unterscheiden sich von Produkten früherer Zeiten darin, dass sie einen Doppelcharakter aufweisen: Sie sind nicht nur Gebrauchswerte, sondern haben außerdem einen Wert. Dieser Wert erscheint nur im Austausch mit anderen Waren beziehungsweise mit Geld und ist bestimmt durch den zur Produktion einer Ware gesellschaftlich notwendigen Aufwand. Die konkurrierenden WarenproduzentInnen wissen nichts vom Wert (wüssten sie es, würde sich auch nichts ändern), sondern das Maß stellt sich als Durchschnitt „hinter ihrem Rücken“ her.

Arbeit, Arbeit, Arbeit...

Der Wert einer Ware ist das Resultat einer bestimmten Menge durchschnittlich gesellschaftlich notwendiger und dadurch wertbildender Arbeit, die damit wiederum die Grundlage kapitalistischer Produktion darstellt. Die KapitalistInnen zahlen im Lohn die gesellschaftlich notwendigen Reproduktionskosten aus (also den Wert der Arbeitskraft), ziehen aber aus der Arbeitskraft mehr heraus, als sie den Lohnabhängigen vergüten. Diese Mehrarbeit stellt sich beim Verkauf der Ware als Mehrwert dar.

Dadurch, dass alles im Kapitalismus auf die Schaffung von Wert ausgerichtet ist, zieht die Erzeugung von Gütern ihre Berechtigung nicht daraus, dass sie die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sicherstellt. Produziert wird vielmehr um der Produktion Willen und die Bedürfnisse sind umgekehrt der Verwertung wegen da. Das Kapital, als sich „selbst verwertender Wert“, zeichnet sich durch den ständigen Zwang zur Mehrwertproduktion aus: Geld-Ware-Geld-



Ware-Geld'' usw. Das in die Produktion geworfene Geld verwertet sich dadurch, dass Arbeit Mehrwert produziert, der dann immer wieder von neuem in die (Mehrwert-)Produktion investiert werden muss. Das macht den Inhalt des industriellen Kapitals aus, und alle anderen Formen des Kapitals (z.B. Zinsen oder Aktien) basieren auf diesem Vorgang.

Wir befinden uns also in einem abstrakten Verhältnis von Zwängen. KapitalistInnen müssen genauso der Verwertungslogik folgen wie die ArbeiterInnen. Tun sie es nicht, übernimmt jemand anders ihre Funktion. Deswegen drückt deren Bestimmung als „Klasse“ nicht mehr aus als ihre Stellung im und zum Produktionsprozess und zu den Produktionsmitteln. Theoretisch könnten sich auch alle ganz demokratisch selbst ausbeuten und bräuchten gar keinen „Chef“. Eine „Ich-AG“ zu gründen oder eine Fabrik „selbstverwaltet“ zu führen ändert nichts an Verwertungslogik und Arbeit. Genauso trägt jeder Einkauf (egal ob LIDL oder Bioladen) zum Bestehen des Kapitalismus bei.

Diese von den Menschen geschaffene „Herrschaft des Werts“ kontrolliert so im Endeffekt wiederum sie selbst. Gleichzeitig erscheinen den Menschen die gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig als naturgesetzlich, weil sie für die Einzelnen unverrückbar wie Naturgesetze sind.

Wie tief das allgemeine Bewusstsein dadurch geprägt ist, die historisch-spezifischen Verrücktheiten der Warengesellschaft zur ewigen Naturbedingung zu erklären und in die Vergangenheit und Zukunft zu projizieren, zeigt sich auch an linken Standpunkten, die oft tiefer in der Logik des herrschenden Wahnsystems verstrickt sind, als sie wahrhaben wollen.

Denn das traditionelle linke Verständnis deutet Arbeit und Kapital als einander feindliche Prinzipien. Die Arbeit gilt ihm als eine „ewige Naturnotwendigkeit“, die vom Kapital nur für den Profit „missbraucht“ wird. Damit aber verkehren der Marxismus und sein revolutionäres Subjekt, die ArbeiterInnenbewegung, Mittel und Zweck. Die Erhebung der „ehrlichen“ Arbeit zum Kerninhalt des menschlichen Daseins übernimmt de facto die kapitalistische Verwertungslogik und beinhaltet deshalb nicht weniger als die Zementierung von Ausbeutung und Unterdrückung. Die Kategorien Arbeit und Kapital aber bezeichnen das gleiche gesellschaftliche Verhältnis, nur von zwei verschiedenen Seiten her. Arbeit kann in diesem System grundsätzlich

gar nichts anderes sein als die spezifisch kapitalistische Tätigkeitsform, über die ebenso alle anderen Handlungen (z.B. Dienstleistungen, aber auch „Nicht-Arbeit“ wie Freizeit) bestimmt werden. Und Kapital wiederum stellt „geronnene Arbeit“ dar. Arbeit bleibt auch in ihrer „konkreten“ Form ein Moment des Kapital selbst: Produktion von Armut und Reichtum sowie Reproduktion der kapitalistischen Strukturen.

Ich schau dir in die Augen...

Dementsprechend ist das Versprechen von Individualität und Freiheit schon immer eine Lüge gewesen. Schließlich kann diese Gesellschaft ihr Glücksversprechen nie einlösen, so lange alles was sie anzubieten hat, verwertbar sein und bleiben muss. Deswegen führt auch das Gerede von „sozialer Marktwirtschaft“ und „Standort Deutschland“, die es laut Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien zu verteidigen gelte, in die (nationale) Irre. Ist es doch der Nationalstaat, der mit seinem Gewaltmonopol Eigentums- und Produktionsverhältnisse schützt und ermöglicht und so die Geschäftsbedingungen aufrechterhält, sprich die Erpressung zur Arbeit organisiert.

Das was von traditionellen Linken gern als „Klassenkampf“ gedeutet wird stellt sich in diesem Blickwinkel als kapitalimmanente Auseinandersetzung um den Erhalt der Ware Arbeitskraft durch den Kampf um Mehrwert dar (also vorrangig um Stundenlohn und Sozialleistungen). Das heißt: Hier weist der Klassenwiderspruch nicht über die bestehenden Verhältnisse hinaus, sondern trägt im Gegenteil zur Stabilität des Kapitalismus bei – Klassenkampf in dieser Form reproduziert das Kapitalverhältnis. Tatsache ist, dass das angeblich revolutionäre Subjekt zur Überwindung des Kapitalismus – die „Arbeiterklasse“ – genauso strukturell integrierter und verstaatsbürgerlicher Teil der Verhältnisse ist wie alle und somit einer systemstabilisierenden Praxis immer einen Schritt näher als einer progressiven. Wer „Arbeit, Arbeit, Arbeit!“ schreit, ist definitiv kein revolutionäres Subjekt sondern Teil der Konterrevolution, weil so die Grundlage des Kapitalismus als Möglichkeit der Befreiung umgedeutet wird. Wer als LinkeR von der Abschaffung der Warengesellschaft redet, muss somit gleichzeitig die Möglichkeit des

barbarischen Antikapitalismus im Nationalsozialismus thematisieren. Angesichts des industriellen Massenmords an Millionen Menschen hat sich die Stilisierung des Proletariats zum revolutionären Subjekt, welches notwendig von der Geschichte den Auftrag zur Revolution, also zur Überwindung des Kapitalismus haben soll, für immer erledigt. So haben die deutschen Proletarier nicht die Regierung gestürzt, sondern ihr überwiegend bis zur letzten Sekunde und noch weit darüber hinaus die Treue gehalten. Sie teilten mehrheitlich das antisemitische und völkische Weltbild ihrer Führer.

Heute ähnelt sich die grundlegende Gemütslage nationalstaatlicher Subjekte der von damals in Vielem. Sie äußert sich darin, dass mensch sich permanent betrogen und benachteiligt fühlt, einen diffusen Hass gegen „die da oben“ hegt und eventuell auch noch von geheimen Mächten im Hintergrund phantasiert, die am eigenen Elend Schuld sein sollen – Nationalismus und (struktureller) Antisemitismus sind so präsent, weil sie als Ideologien mit dem Kapitalismus untrennbar verbunden sind.

### ...gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang

Doch weiter mit den Grundlagen der Kritik der politischen Ökonomie, also des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik. Die Einsicht in die Tatsache, dass sowohl konservative als auch sozialdemokratische und linksalternative Politik auf die beste aller möglichen staatlichen Verwaltungsformen der bürgerlich-kapitalistischen Warenproduktion hinausläuft, ist offensichtlich so banal wie folgenswer, dass sich die AnhängerInnen von „Reform“, „Sozialstaat“ oder „Zivilgesellschaft“ mit Händen und Füßen dagegen wehren müssen. Der durch den Kapitalismus in die Welt gesetzte objektive Widerspruch, dass immer weniger Arbeit nötig ist, und dadurch allein im „Wirtschaftsstandort Deutschland“ Millionen Menschen „überflüssig“ werden, obwohl der gesellschaftliche Reichtum sich stetig vergrößert, ist innerhalb dieses Systems nicht zu lösen. Alles andere ist Ideologie!

Ein zentrales Moment der Legitimation von Herrschaft im Kapitalismus sind dabei Wahlen. Mit dem Wahlakt akzeptieren die WählerInnen die Herrschaft über sich, weil sie der Illusion nachhängen, sie gegebenenfalls auf demselben

demokratischen Wege abschaffen zu können. Doch über den parlamentarischen Weg lässt sich keine freie Gesellschaft herstellen. Er dient vielmehr zur Integration in den Staat.

Trotzdem ist der Staat mehr als ein Erfüllungsgehilfe der Ökonomie. Er ist nicht einfach der Staat der KapitalistInnen, sondern der Staat des Kapitals, wobei das Kapital – wie gesagt – als ein gesellschaftliches Verhältnis und nicht als ein monolithischer Machtblock verstanden werden muss. Der Nationalstaat formiert die bürgerliche Gesellschaft zu einer Einheit, die durch den Produktionsprozess so nicht gegeben ist. Er setzt einerseits spezifische Interessen durch, andererseits berücksichtigt er allgemeine, klassenübergreifende Interessen, fasst gesellschaftliche Widersprüche als „Nation“ zusammen und generiert sich als Garant des Allgemeinwohls. Damit ist er als politisches System eben kein „Agent“ der Kapitalistenklasse. Auch wenn der Staat als politische Gewalt im Kapitalismus erforderlich ist, handelt es sich hier um subjektlose Herrschaft: Das gesellschaftliche Prinzip und damit der Charakter der Herrschaft selbst wird nicht durch das politische Personal bestimmt. Der scheinbare Widerspruch zwischen bewusstem Handeln und blindem Wirken des Wertgesetzes löst sich auf, wenn die ökonomische Verfasstheit der Gesellschaft, ihre Warenförmigkeit und der subjektive Wille zur politischen Macht als voneinander abhängige, aber dennoch eigenständige Bereiche begriffen werden. PolitikerInnen handeln also innerhalb eines Systems von „Sachzwängen“, die sich aufgrund der ökonomischen Verhältnisse ergeben. Die materielle Grundlage der Politik ist der Erfolg des unter der Obhut eines Staates produzierenden Kapitals. Die wirtschaftliche Existenzbedingung des Staates ist insofern die Aufrechterhaltung der Mehrwertproduktion. Um eine möglichst erfolgreiche Kapitalvermehrung zu garantieren, hat der Staat deren Grundlagen durch finanzpolitische Steuerungen genauso wie durch Ausdehnung des Marktes und seiner politischen und militärischen Sicherung zu gewährleisten. Denn durch die Besteuerung des produzierten Mehrwerts und der Löhne eignet sich der Staat seine materielle Grundlage an und erhält so die Möglichkeit zur Politik. Das strukturelle Problem für emanzipative Politik besteht folglich darin, dass der Staat, sobald seine politischen Maßnahmen tatsächlich als



Beitrag zu einer Emanzipation verstanden werden könnten und nicht mehr nur eine andere Verteilung des Elends bedeuten, sich selbst seine materielle Basis entzieht – Beispiel hierfür wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Die Masse des Mehrwerts würde dadurch stark eingeschränkt und PolitikerInnen sowie WirtschaftsexpertInnen behalten unabhängig von allem ideologischen und strategischen Brimborium recht, wenn sie meinen, dort, wo nichts ist, könne auch nichts verteilt werden. Greift der Staat also derart in die Produktion ein, dass die Mehrwertproduktion verringert wird, kratzt er bereits an seiner Fähigkeit zu weiteren Interventionen, da er beginnt, sich selbst seine Lebensgrundlage streitig zu machen. Deshalb ist die Vorstellung einer Benutzung des Staates für sozialistische oder kommunistische Inhalte völlig idiotisch. Im auch heute noch von vielen ReformierInnen und Parteimitgliedern propagierten Konzept einer staatlich organisierten Übergangsgesellschaft läge immer noch das Problem: Gerade der Staat der den Übergang besorgen soll, ist zugleich das Ende des Übergangs und damit jeder Aussicht auf allgemeine Emanzipation.

### Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution

Der Stalinismus hat den Staatsozialismus für alle Zeiten diskreditiert, nicht aber die Kritik an Staat und Kapital, die auf den Kommunismus im einzig emanzipativen Sinne zielt: der Herstellung der Möglichkeit individuellen Glücks als absoluter Gegensatz zum völkischen Identitätswahn von „Rasse“, „Arbeit“ und „Nation“.

Wenn eine emanzipatorische Kapitalismuskritik jemals wieder Fuß fassen will, muss sie sich in einer kopernikanischen Wende gegen Arbeit und Staat selbst richten. Wir brauchen keine „Vollbeschäftigung“ oder „Umverteilung von oben nach unten“ durch „mehr Staat“, sondern den Bruch mit dem kapitalistischen System und seiner Logik. Nicht gegen die „Kapitalistenklasse“, sondern gegen Klassen überhaupt, nicht gegen bestimmte kapitalistische Erscheinungsformen wie Banken, Lohndumping, Konzerne oder den imperialistischen Charakter des Kapitals, sondern gegen die warenförmige Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft muss es gehen. Dort liegt der Hund begraben.

### Zum Weiterlesen:

Michael Heinrich – Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, (Schmetterling Verlag)

Roger Behrens – Kritische Theorie (Europäische Verlagsanstalt)

Bini Adamczak – Kommunismus. Kleine Geschichte, wie alles anders wird (Unrast-Verlag)

Moshe Postone - Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft (ca ira)

Materialistischer Kritik geht es darum, gesellschaftliche Zustände zu schaffen, die es den Menschen erstmals ermöglichen, ihr Leben selbstbewusst, das heißt jenseits der Verwertungs- und Herrschaftsimperative von Kapital und Staat, zu planen und zu leben.

Die Emanzipation aller wird weder durch das Proletariat, durch eine „revolutionäre“ oder reformistische Partei noch durch eine Gewerkschaft oder anderweitige Institutionen verwirklicht werden. Wo ein Individuum nun gesellschaftlich steht, entscheidet nicht über sein subversives Betreiben. Frei nach Johannes Agnoli: Das revolutionäre Subjekt ist jenes, welches die Revolution macht.

